

Die Lage der CDU nach der Bundestagswahl 2002 ähnelt der nach der Bundestagswahl 1998. Die gegenwärtigen Wahlerfolge der CDU spiegeln vor allem die tiefe Enttäuschung der Bürger über die nicht gehaltenen Wahlversprechen der rot-grünen Bundesregierung wider. Dies zeigt sich auch an den Landtagswahlergebnissen in Hessen und Niedersachsen. Bei nüchterner Betrachtung hat die CDU in beiden Ländern ganz wesentlich, wie allein ein Blick auf die absolute Zahl der Wählerstimmen im Vergleich zur Bundestagswahl zeigt, von der Schwäche der SPD im Bund und in beiden Ländern profitiert. Dass die Stimmung der Bürger, Rot-Grün einen Denktzettel zu verpassen, bis zur nächsten Bundestagswahl unvermindert andauert, kann man nur hoffen. Darauf verlassen kann man sich nicht. Die Ergebnisse der jüngsten Landtags- und Kommunalwahlen erinnern an den fulminanten Sieg der Union bei der Europawahl 1999, der auch wegen einer allmählich Tritt fassenden rot-grünen Bundesregierung schnell verblasste. Die Bürger werden die Union jenseits von „Denktzettelwahlen“ oder aktuellen Umfragen nur dann dauerhaft stärken und ihr einen Auftrag zur Regierungsbildung im Bund geben, wenn die Union in der Bundespolitik eine aktive Oppositionsrolle einnimmt, Alternativen zur Regierung aufzeigt und ein eigenes Konzept für die Bewältigung der drängenden Zukunftsfragen präsentiert.

Gerade deshalb gilt es die Gunst der kommenden, wahlfreien Monate für eine

Strategie- und Programmdiskussion zu nutzen, um damit nachzuholen, was die CDU im Bund erneut versäumt hat, nämlich das Bundestagswahlergebnis und die eigene Situation ungeschminkt zu analysieren und darauf aufbauend das inhaltliche Profil der CDU zu schärfen, um den Wechsel auch im Bund einzuleiten.

Fehlendes Konzept

Wer das Bundestagswahlergebnis der CDU allein mit dem Elbehochwasser, der von der Bundesregierung instrumentalisierten Irak-Frage oder aber (hinter vorgehaltener Hand) der mangelnden Attraktivität des Kanzlerkandidaten nördlich des Mains zu erklären versucht, greift zu kurz. Diese Faktoren konnten nur deshalb den Ausgang der Bundestagswahl beeinflussen, weil die Themen „Flut“ und „Irak“ weniger die Handlungsfähigkeit der Regierung als vielmehr die Schwäche der Union offenbarten. Wahlkampfaktik der Union war es, ganz auf die Unzufriedenheit der Bürger mit der Bundesregierung zu setzen und das Risiko, bestimmte Wählergruppen durch eine eigene Position zu verprellen, zu minimieren. Folge des fehlenden geschlossenen Konzepts, auf das die Union insgesamt eingeschworen war, war ein tagelanges Hin und Her widersprüchlicher Vorschläge bei der Diskussion um die Bewältigung der Flutfolgen und schließlich sogar zum Thema Irak. Diese Taktik, sich nicht aus der Deckung zu wagen und auf Fehler der Regierung zu warten, anstatt einen in sich geschlossenen Gegenentwurf zu präsentie-

ren, war symptomatisch für den Bundestagswahlkampf und in weiten Teilen auch für die ersten vier Jahre in der Opposition. Die Wähler haben diese Form der Oppositionsarbeit mit einer Bestätigung der rot-grünen Regierung quittiert.

Es muss bedenklich stimmen, wenn selbst nach der Bundestagswahl die Wähler – trotz gebrochener Wahlversprechen, ja fast hilflosen Rundumschlägen der Regierung Schröder, trotz wachsender Staatsverschuldung und wirtschaftlicher Rezession – zwar die Arbeit der Bundesregierung negativ bewerten, aber auch kein wesentlich besseres Bild von der Union haben. Nur ein Viertel der Wähler traut der Opposition zu, es gegenwärtig im Bund besser zu machen als die Regierung. Und die CDU beginnt nur zögerlich, einen anderen Eindruck zu erwecken. Das ist nicht verwunderlich: Viele Funktionsträger in der CDU haben selbst in dieser desolaten Finanz- und Wirtschaftslage immer noch Probleme damit, von alten, aber bequemen Besitzständen und der Illusion Abschied zu nehmen, es allen Bürgern durch ein Mehr an staatlicher Intervention und ein Mehr an Umverteilung recht machen zu können.

Will die CDU nicht weitere vier Jahre in der Opposition ungenutzt verstreichen lassen, darf sie sich nicht weiter darauf beschränken, die Unzufriedenheit der Bürger mit der Bundesregierung zu schüren. Denn das allein führt nicht zum Wechsel.

Wendepunkte setzen

Im Gegenteil: Die Bürger erwarten von der Opposition, dass sie alternative Politikentwürfe klar aufzeigt und bereit ist, Wendepunkte zu setzen, selbst wenn diese kurzfristig unpopulär sind. Dazu bedarf es eines inhaltlichen Gerüsts jenseits der Tagespolitik. Ein solches aufzubauen ist die Herausforderung für die CDU in den kommenden Monaten. Einmal abgesehen von der Diskussion über eine deutsche Leitkultur ist aus der letz-

ten Legislaturperiode allenfalls der Begriff der „Neuen Sozialen Marktwirtschaft“ als Versuch einer programmatischen Ausrichtung in Erinnerung geblieben – ein Begriff, der bislang mehr zur Verwirrung, aber nicht zur inhaltlichen Profilierung der CDU beigetragen hat. Schließlich reicht es nicht aus, sich zum Begriff der Sozialen Marktwirtschaft zu bekennen, ohne gleichzeitig für deren zentralen Inhalte, nämlich die uneingeschränkte Bejahung des Wettbewerbs in allen Bereichen der Gesellschaft und die Gewähr einer eigenverantwortlichen Lebensgestaltung frei von staatlicher Regulierung und Gängelung, offensiv zu werben.

Die CDU muss die Debatte um die Konsolidierung des Staatshaushaltes, die Reform der sozialen Sicherungssysteme, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und andere drängende Fragen der Zeit energisch führen und, ausgehend von einer ordnungspolitischen Leitlinie, nachhaltig prägen. Erst wenn Haupt und Glieder der Partei, vor allem aber die vermeintlich „jungen Wilden“ und andere als Hoffnungsträger gehandelte Unionspolitiker diesen Ansatz verinnerlicht haben, wird sich die CDU wieder durch inhaltliche Akzente Profil und damit Akzeptanz, Respekt und Aufwind verschaffen. Denn die Bürger haben das historische Ausmaß der deutschen Wirtschaftskrise mittlerweile verinnerlicht, wie die praktizierte Konsumverweigerung belegt. Unter diesen Umständen wäre eine Haltung, die sich mit den gegebenen Rahmenbedingungen zu arrangieren versucht und nur das im Konsens Machbare im Auge hat, das beste Rezept, um auch die Bundestagswahl 2006 zu verlieren. Das müssen vor allem diejenigen in der Union beherrigen, die dieser Versuchung am ehesten ausgesetzt sind: nämlich die Regierenden in den Ländern und Kommunen. Auch diese müssen sich als Opposition zur rot-grünen Bundesregierung begreifen. Denn

die Bürger haben ein Recht auf eine streitbare, unbequeme Opposition, die den Menschen eine Perspektive auch über den Tag hinaus gibt.

Die Rückkehr der CDU an die Regierung im Jahre 1982 zeigt, dass es sich auszahlt, inhaltlich Profil zu zeigen und auch scheinbar Unpopuläres konsequent zu vertreten: In der Außen- und Sicherheitspolitik machte sich die Union für den NATO-Doppelbeschluss stark, und wirtschafts- und gesellschaftspolitisch bot sie unter der Prämisse „Leistung muss sich wieder lohnen“ eine klare Alternative zur SPD-geführten Bundesregierung und gewann die schweigende Mehrheit der Bürger für sich, die bereit war, für sich selbst zu sorgen, und keine staatliche Absicherung gegen alle Wechselfälle des Lebens erwartete.

Nicht oberflächliche Geschlossenheit, das Schielen auf aktuelle Umfragewerte oder die Fixierung auf einzelne Wählergruppen, sondern das Ringen um Inhalte ist mithin das Gebot der Stunde. Nicht Gedankenspiele über Möglichkeiten und Risiken einer großen Koalition oder andere Formen der Kooperation mit der Regierung, sondern die Wahrnehmung der Chance, das eigene Profil durch das Einbringen eigener Politikentwürfe bis hin zu Gesetzesvorlagen über den Bundesrat zu schärfen, ist gefragt. Dazu muss die CDU wieder Streit über die Lösung der drängenden Zukunftsfragen anfangen und den Bürgern einen verlässlichen ordnungspolitischen Kompass an die Hand geben. Nur dies birgt die große Chance, die verkrustete und erstarrte bundesrepublikanische Gesellschaft aufzubrechen, die kreative Energie der Menschen zu mobilisieren und der Erkenntnis zum Durchbruch zu verhelfen, dass der Einzelne sich regelmäßig besser zu helfen weiß als der Staat. Dann wird es der CDU auch wieder gelingen, die Bürger für ihre Politik zu begeistern und zukünftige Wahlen nicht nur wegen der Schwäche

des politischen Gegners, sondern aus eigener Stärke zu gewinnen.

Die CDU muss für die Einsicht werben, dass die aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage eine deutliche Abkehr von der Politik der letzten zehn Jahre verlangt. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisensymptome der Zeit, wie die ansteigende Arbeitslosigkeit, die zunehmende Kinder- und Familienarmut, der dramatische Verfall des Bildungsniveaus, die wachsende Zahl von Insolvenzen, die offensichtliche Wachstumsschwäche und eine völlig aus dem Ruder laufende staatliche Neuverschuldung verlangen eine grundlegende Abkehr von einer auf reinen Formelkompromissen beruhenden Politik des „Weiter so“ und damit einer Politik, die meint, durch Umverteilung, also durch staatliche Eingriffe in Wirtschaft und Gesellschaft, bestehende Probleme auch nur kurzfristig lösen zu können.

Notwendige Aufarbeitung

Hierfür muss die CDU den Mut haben, die Krisensymptome der Zeit und ihre Ursachen schonungslos zu analysieren. Denn eine ungeschminkte Aufarbeitung der gegenwärtigen Misere ist nicht Miesmacherei, sondern durch sie entsteht überhaupt erst die Chance, die notwendigen Reformen an Haupt und Gliedern im Interesse der Bürger einzuleiten, soziale Sicherheit zu gewähren und das Vertrauen der Bürger in die Mechanismen der demokratischen Krisenbewältigung zu retten. Zwei Beispiele mögen dies erläutern:

Die Union muss den Bürgern die Wahrheit über den Zustand der Rentenversicherung sagen, denn dem System der gesetzlichen Rentenversicherung droht der finanzielle Kollaps. Obwohl sich in den letzten dreißig Jahren die Beitragsbemessungsgrenze zur Rentenversicherung fast versechsfacht hat und die Rentenbeiträge seit Jahren um zwanzig

Prozent pendeln, muss zusätzlich jeder dritte vom Bund ausgegebene Euro in die Rentenversicherung gepumpt werden, um den Bankrott des Systems hinauszuzögern. Mit dieser Politik werden nur Wechsel auf die Zukunft ohne Aussicht auf eine finanzielle Konsolidierung des Rentensystems gezogen. Die Tatenlosigkeit in der Rentenpolitik, die durch die Einberufung von Kommissionen nur kaschiert, nicht aber beseitigt wird, ruiniert die Staatsfinanzen und manifestiert das Scheitern des Generationenvertrages. Die Bürger spüren dies und fürchten völlig zu Recht um ihre Alterssicherung, die Bundesregierung und auch Teile der Union verweigern indessen bereits die Bestandsaufnahme. Die Union kann Vertrauen zurückgewinnen, wenn sie die Bestandsaufnahme vornimmt und Alternativen präsentiert, selbst wenn diese schmerzhaft sind.

Auch bei den Sozialversicherungsbeiträgen muss die CDU die Kraft aufbringen, zu verdeutlichen, dass ihre Forderung, die Lohnnebenkosten von derzeit 41,7 Prozent auf 40 Prozent zu senken, nur ein erster Schritt sein kann. Fakt ist: Die Höhe der Sozialversicherungsbeiträge ist ein entscheidendes Hindernis auf dem Weg zu mehr wirtschaftlichem Wachstum, Arbeitsplätzen und individuellem Wohlstand. In den siebziger Jahren lag die Höhe der Sozialversicherungsbeiträge bei gerade einmal 27 Prozent. Danach stieg sie durch ausufernde Kosten bei der Arbeitslosen- und Krankenversicherung kontinuierlich an; damit einhergehend entstand das Phänomen der Massenarbeitslosigkeit. Wenn sich die CDU auf die Forderung der Senkung der Lohnnebenkosten auf vierzig Prozent beschränkt, kann sie keinen nachhaltigen Beitrag zur Bekämpfung von demnächst fünf Millionen Arbeitslosen und dem herannahenden Kollaps der sozialen Sicherungssysteme leisten. Auch die Bürger glauben dies nicht, wissen sie doch, dass

dies nicht die notwendige Grundsanierung darstellt, sondern nur einen ersten Anfang.

Sprachrohr der Interessenverbände

Deutschland trägt heute weit über den Bereich der Sozialversicherungen hinaus alle Merkmale eines schwerfälligen, jede Eigeninitiative im Keim erstickenden und willkürlich umverteilenden Wohlfahrtsstaates. Der Staat, der es scheinbar allen recht machen und den Bürger umfassend absichern will, ist längst zum verlängerten Sprachrohr organisierter Interessen degeneriert, die im Namen der Gerechtigkeit (in Wahrheit: zum Vorteil der eigenen Klientel) ein Mehr an staatlicher Intervention und Protektion fordern. Infolgedessen hat der Staat seine Tätigkeit auf Kosten der Mehrheit der Bürger und zukünftiger Generationen zwar permanent ausgedehnt, seine eigentlichen, sein Bestehen überhaupt rechtfertigenden Kernaufgaben wie äußere und innere Sicherheit oder schulische Bildung aber aus den Augen verloren. Ergebnis dieser Entwicklung ist, dass der Staat allen Bürgern die im internationalen Vergleich mit westlichen Industrieländern zweithöchste Steuer- und Abgabenlast zumutet, ohne dass die Mehrheit der Bürger von der ausufernden Staatstätigkeit auch nur annähernd profitiert.

Im Gegenteil: Die hohe Steuer- und Abgabenlast engt den notwendigen finanziellen Spielraum des Einzelnen, um für sich und die Seinen selbst Sorge zu tragen, stetig ein; sie schafft damit neue Abhängigkeiten vom Staat oder lenkt die Kreativität der Bürger allenfalls dahin, neue Wege zu finden, um Steuern und Abgaben gar nicht erst zahlen zu müssen. Es erstaunt daher nicht, dass die Einnahmen von Bund und Ländern trotz steigender Steuer- und Abgabenlast sinken, zählt es doch zu den wirtschaftlichen Binsenweisheiten, dass ein Mehr an Steuern und Sozialabgaben zu einem Weniger an wirt-

schaftlichem Wachstum, Arbeitsplätzen und Wohlstand führt und die steigende Last von Steuern und Sozialabgaben allenfalls Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung und Kapitalflucht sowie den Missbrauch der sozialen Sicherungssysteme beflügelt. Immer wieder – zuletzt im Jahresgutachten 2002 – haben die „fünf Wirtschaftsweisen“ auf diese Zusammenhänge aufmerksam gemacht.

Senkung von Steuern und Abgaben

Gleichwohl verschließen sich auch noch Teile der Union dieser Erkenntnis. Dies zeigen nicht zuletzt Forderungen von CDU-geführten Landesregierungen und Kommunen nach einer Deregulierung und einem Rückbau der staatlichen Aktivitäten, die zwar im Grundsatz richtig sind, denen aber das entscheidende Gegenstück fehlt – nämlich die drastische Senkung der Steuer- und Abgabenlast. Geht der Rückzug des Staates nicht mit einer deutlichen Rückführung der Steuer- und Abgabenlast einher, haben wir am Ende einen Staat, der zwar viel kostet, aber für die Mehrheit der Bürger keine ausreichenden Leistungen erbringt – mithin ein Staat, der vorrangig Selbstzweck ist und von dem einige wenige auf Kosten der Leistungsträger, insbesondere der Berufstätigen und Familien, gut leben.

Die Union muss dem Staatsverständnis der Sozialdemokraten noch entschlossener entgegentreten, das die Sicherung der finanziellen Eigeninteressen des Verwaltungsapparates vor die Wahrung der Interessen des Bürgers und seiner Freiheiten stellt. Denn um nichts anderes geht es, wenn in Bund, Ländern und Kommunen überwiegend über den Erhalt und Ausbau der Einnahmen des Staates lamentiert, nicht aber allein über eine Beschränkung seiner Ausgaben und eine finanzielle Entlastung seiner Bürger nachgedacht wird. Eine Haltung, die in krassem Widerspruch zu dem uneingeschränkten Bekenntnis zu marktwirtschaftlichen Prinzi-

pien, zur Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung des Einzelnen und dem auf wenige Aufgaben beschränkten Staat steht, das die Union jahrzehntelang ausgezeichnet hat und ihr ermöglichte, die beispiellose Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik entscheidend zu prägen.

Deshalb war es ein Fehler, im Bundestagswahlkampf die Forderung nach einer Senkung der Steuer- und Abgabenlast und Reduzierung der Staatsquote nur halbherzig vorzutragen und sich immer wieder vom Zwischenruf „Gegenfinanzierung“ in die Defensive drängen zu lassen. Hätte die Union offensiv an die schöpferische Kraft des Einzelnen, die Wachstum beflügelnde Wirkung von privatem Konsum und die Bereitschaft deutscher Unternehmer, im Inland zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen, appelliert, wäre dieser Zwischenruf verklungen. Insoweit ist auch die Anfang des Jahres veröffentlichte „Göttinger Erklärung“ zwar ein richtiger erster Schritt, im Ergebnis aber halbherzig, da sie mit den Worten vorgestellt wurde, dass auch eine von der Union geführte Bundesregierung ohne Wirtschaftswachstum keine Steuern senken würde. Die erstaunten Bürger reiben sich derweil die Augen und fragen sich, was aus der einstigen Partei der Sozialen Marktwirtschaft geworden ist. Demonstriert doch die Wirklichkeit eindrucksvoller denn je, dass die hohe Steuer- und Abgabenlast nicht nur die Unzufriedenheit der Bürger schürt, sondern auch dem Staat den Ast absägt, auf dem er sitzt, und zwangsläufig den Zusammenbruch des Sozialstaats nach sich ziehen wird.

Aufgrund der dramatischen Wirtschafts- und Finanzlage und dem enormen sozialen Sprengstoff, der in Themen wie Rente, Gesundheit und Arbeitslosigkeit steckt, ist die (von der rot-grünen Bundesregierung, aber auch den Gewerkschaften und anderen) praktizierte Realitätsverweigerung und -verschleierung

nicht nur mutlos und verantwortungslos, sondern – wenn sich ihr keine entschlossene Alternative entgegenstellt – auf Dauer auch eine Gefahr für die Demokratie. Denn in letzter Konsequenz heißt dies, dass die Volksparteien in der Bundesrepublik nicht mehr willens und in der Lage wären, sich den entscheidenden Problemen in Deutschland schonungslos zu stellen. Dass die Bürger ihr Vertrauen in diese politischen Parteien und die Demokratie insgesamt verlören und ihren Protest durch Wahlenthaltung demonstrieren, wäre dann nur logische Konsequenz.

Strukturreform

Angesichts einer rezessiven Wirtschaftslage reicht es nicht mehr aus, nur gegen Steuer- und Abgabenerhöhungen zu sein. Gefragt ist vielmehr eine an ordnungspolitischen Grundsätzen ausgerichtete Strukturreform, gefragt sind mutige Initiativen zur deutlichen und dauerhaften Senkung der Steuer- und Abgabenlast, um dem Einzelnen wieder Spielräume für private Lebensgestaltung, seine Altersvorsorge und freiwillige Solidarleistungen zu geben, um den Unternehmern neue Handlungsoptionen zu eröffnen und damit insgesamt neue Kräfte für Wachstum und Wohlstand für alle freizusetzen. Und dass dieser Weg dem Staat mittelfristig auch die Einnahmen zur Verfügung stellt, die notwendig sind, damit der Staat seinen eigentlichen Aufgaben nachkommen kann, ist eine Binsenweisheit, vor der sich auch noch Teile der Union beharrlich zu verschließen scheinen.

Daher ist es Zeit für zukunftsweisende Initiativen in der CDU: Wann präsentiert die CDU ihren Reformentwurf zur Senkung der Steuer- und Abgabenlast, der sich nicht auf die zwar griffige, aber angesichts der wirtschaftlichen Realitäten auf lange Sicht unzureichende Formel „3 mal 40“ reduzieren lässt? Wann kommt das mutige Konzept für den Umbau des Gesundheitswesens, für mehr Generatio-

nengerechtigkeit in der Rentenversicherung, zum Ausbau des Niedriglohnbereichs oder zur zeitlichen Befristung der Sozialhilfe? Wann wartet die CDU mit der Liste der zu streichenden Subventionen auf, die stets den Wettbewerb verzerren und bislang nur Anreize geschaffen haben, neue Vergünstigungen zu fordern? Wann legt die CDU eine umfassende Streichliste der zahllosen Gesetze wie des Ladenschlussgesetzes oder der zur Finanzierung der kaiserlichen Flotte eingeführten Sektsteuer vor, die vielleicht gut gemeint sein mögen, aber vorrangig Eigeninitiative abwürgen oder sich schlicht überlebt haben? Auch beim Thema Bildung bleibt die CDU Antworten schuldig. Angesichts des viel diskutierten Verfalls des deutschen Bildungsniveaus (auch die Schüler in den „Vorzeigeländern“ der Union, Bayern und Baden-Württemberg, sind im weltweiten Vergleich nur oberes Mittelmaß) wirken die Stellungnahmen der CDU zur „lernenden Gesellschaft“ wie inhaltsleere Floskeln. Dabei nimmt ein schlechtes Bildungssystem – wie die PISA-Studie zeigt – gerade Kindern aus sozial schwächeren Verhältnissen Entwicklungschancen.

Die Bürger haben ein Recht auf Antworten, zumal die CDU die einzige Kraft ist, die glaubwürdig den Weg aus der staatlich verordneten Abwärtsspirale aufzeigen kann. War es doch die Union, die mit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft den Grundstein für das Wirtschaftswunder und eine freiheitliche Gesellschaftsordnung legte, war sie es doch, die Deutschland mit ihrem Bekenntnis zu Freiheit und Verantwortung außenpolitisch in die NATO und ein freies Europa einbettete und durch entschlossenes Handeln die Teilung Deutschlands überwand. Dieser historischen Verantwortung gilt es gerade in einer Zeit gerecht zu werden, in der in der SPD die Parolen der Ewigstrigen wieder die Oberhand gewinnen und damit auch nur die leiseste Hoffnung

auf eine zumindest stagnierende Wirtschaftsentwicklung geschwunden ist.

Leistung und Wettbewerb

Was also ist zu tun? Die Union muss ihr Vertrauen in die Eigeninitiative und Schaffenskraft des Einzelnen wiedergewinnen, sie muss Leistung und Wettbewerb als bestimmende Ordnungsprinzipien in Wirtschaft und Gesellschaft wieder entdecken und auf dieser Grundlage ein Konzept zur unausweichlichen und umfassenden Reform Deutschlands vorgelegen.

Ausgangspunkt der tief greifenden Strukturreform muss es sein, dass der Staat gegenüber den Bürgern eine Bringschuld zu erfüllen hat – nämlich Abgaben und Steuern massiv zu senken. Der Staat hat die gegenwärtige Krise verursacht, nur die Bürger sind in der Lage, das Staatsversagen zu überwinden, Wachstum und Wohlstand zu schaffen und damit die sozialen Sicherungssysteme und den Staatshaushalt zu sanieren. Damit ihnen dies gelingt, müssen sie konsequent von den staatlich angelegten Fesseln, seien sie finanzieller oder bürokratischer Natur, befreit werden.

Kurzfristig bedarf es daher eines deutlichen Signals, dass es dem Staat mit einer Senkung der Steuer- und Abgabenlast ernst ist, dass es sich nicht um eine weitere inhaltsleere Worthülse handelt und die Bürger im Vertrauen auf eine finanzielle Entlastung neu disponieren können. Ein solches Signal ist die sofortige Abschaffung des Solidarzuschlages. Ein weiteres ist, die Steuersätze, insbesondere den Spitzensteuersatz der Einkommensteuer auf unter 35 Prozent zu senken. Denn wenn vier Prozent der Einkommensteuerzahler vierzig Prozent der gesamten Einkommensteuer aufbringen, können wir uns keine Sozialneid-Diskussionen leisten, sondern müssen vor allem auch die entlasten, die nicht nur den Verbrauch ankurbeln, sondern selbst inves-

tieren und damit unmittelbar Beschäftigung schaffen.

Aber auch kleine und mittlere Einkommen müssen kurzfristig entlastet werden. Der Schlüssel hierzu liegt in der Senkung der Lohnnebenkosten. Auf ein durchschnittliches Einkommen von 2250 Euro sind heute Sozialabgaben von etwa 950 Euro zu zahlen; die mit diesem Einkommen verbundene Steuerlast von 130 bis 420 Euro, je nachdem, ob es sich um einen allein verdienenden Ehepartner oder einen allein Stehenden handelt, fällt dagegen weniger stark ins Gewicht. Die CDU muss konsequent dafür eintreten, dass gerade in einer deutlichen Senkung der Sozialabgaben der Schlüssel zu „mehr Netto“ für untere und mittlere Einkommen liegt; der zugleich sinkende Arbeitgeberbeitrag verschafft Luft für Lohnerhöhungen und Neueinstellungen. Da Strukturreformen sich nur mittel- oder gar langfristig entlastend auswirken, kann eine kurzfristige Senkung der Lohnnebenkosten nur durch Ausgabenkürzungen erreicht werden, etwa verringertes Arbeitslosengeld, die Einführung eines Karenztages und die Streichung von Leistungen bei der Kranken- und Pflegeversicherung.

Mehr Eigenverantwortung

Ausdruck des auf die kurzfristigen Maßnahmen folgenden, umfassenden Systemwechsels ist es, den Bürger in den sozialen Sicherungssystemen mehr Freiheiten und Eigenverantwortung einzuräumen, indem unter anderem an die Stelle der gesetzlichen Pflichtversicherungen eine jeden Einzelnen treffende private, dem Kapitaldeckungsprinzip unterliegende Versicherungspflicht für die Alters- und Gesundheitsvorsorge tritt. Eine solche Kehrtwende setzt voraus, dass der Staat den Rahmen für unverfälschten Wettbewerb zwischen den privaten Versicherungen schaffen muss, damit die Gestaltung von Leistung und Gegenleistung transparent ist. Das heißt unter anderem,

dass Risikostrukturfonds ebenso wie die Zulassungsbeschränkung für Kassenärzte als Relikte eines staatlichen Gesundheitssystems abgeschafft, Altersrückstellungen bei einem Versicherungswechsel mitgenommen, den Patienten Rechnungen über Arzt- und Krankenhausleistungen und allen Rentenversicherten regelmäßig Aufstellungen über die zu erwartende Rente überreicht werden.

Um wiederum sicherzustellen, dass sich das Gros der Bürger auch tatsächlich privat absichern kann, müssen Steuern und Abgaben (insbesondere für Familien) deutlich gesenkt werden. Für die Steuerreform heißt dies, dass es nicht mehr darum gehen darf, wie viel Geld der Staat braucht, sondern vielmehr darum, welche Steuerlast dem Bürger zugemutet werden kann, damit er sich und die Seinen auch gegen Alter und Krankheit ausreichend privat absichern kann. Wer sich gleichwohl die Beiträge für eine Grundabsicherung nicht leisten kann, wird durch einen direkten staatlichen Zuschuss zu seinen Beitragszahlungen unterstützt. Derjenige, der der Unterstützung der Gemeinschaft bedarf, soll diese individuell und unmittelbar erfahren, also nicht auf dem Umweg einer kostenintensiven und dem Gießkannenprinzip unterliegenden Objektförderung.

Die Vorzüge einer solchen Strukturreform liegen auf der Hand: Das auf Beitragszahlung und entsprechender Versicherungs(gegen)leistung beruhende Versicherungsprinzip einerseits und die auf die Finanzierung staatlicher Aufgaben gerichtete Steuer, der keine Leistung gegenübersteht, andererseits werden endlich deutlich getrennt. Diese Trennung bewirkt nicht nur eine Stärkung der Eigenverantwortung des Einzelnen, sondern beteiligt jeden Steuerzahler an der Unterstützung von sozial Schwachen und beschränkt solidarische Hilfe damit nicht auf die Beitragszahler in den gesetzlichen Pflichtversicherungen. Zugleich ermöglicht sie

dem Staat, sich auf das von ihm Machbare und zu Bewältigende zu konzentrieren.

Gerade an einer solchen Trennung fehlt es im gegenwärtigen Sozialversicherungssystem: Dies zeigt nicht nur ein Blick auf den jährlichen Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von mehr als 77 Milliarden Euro (was rund einem Drittel der Ausgaben des Bundeshaushaltes entspricht) zum Ausgleich von versicherungsfremden Leistungen, sondern auch der Umstand, dass für junge Menschen der Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung längst den Charakter einer Sondersteuer eingenommen hat, der im Alter keine äquivalente Gegenleistung mehr gegenübersteht. Durch die Vermischung beider Prinzipien wurden Zuständigkeiten verwischt, insbesondere wurde der Einzelne schleichend seiner Verantwortung entbunden, für sich und die Seinen selbst Sorge zu tragen, und diese auf eine anonyme Zwangsgemeinschaft abgelenkt, was gemeinhin eher zum Missbrauch des Sozialsystems animiert.

Auch in anderen Bereichen gilt es umzudenken: In der Beschäftigungspolitik ist die Lockerung des Kündigungsschutzes ebenso umzusetzen wie die Abschaffung von Allgemeinverbindlicherklärungen und die Beseitigung der Tarifsperrung, um beschäftigungssichernde Lösungen auf betrieblicher Ebene zu ermöglichen. Im Bereich der Familienpolitik muss neben dem bestehenden Ehegattensplitting auf eine deutliche finanzielle Entlastung von Familien über großzügige (mindestens am tatsächlichen Existenzminimum orientierte) Freibetragsregelungen auf der einen beziehungsweise großzügige Transferleistungen für sozial Schwächere auf der anderen Seite gesetzt werden. Denn Tatsache ist, dass Familien von indirekten Steuern (insbesondere Umsatzsteuer und Ökosteuern) überproportional belastet werden, und ihnen keine dem verfassungsrechtlichen Auftrag gerecht

werdende Unterstützung gegenübersteht.

Mit diesen Reformen muss eine deutliche Reduzierung der staatlichen Ausgaben einhergehen, indem Subventionen in Höhe von rund 135 Milliarden Euro und andere Besitzstände selbst gegen Widerstände gekürzt oder gestrichen werden. Dann kann sich der Staat aus den Bereichen zurückziehen, die bisher von ihm ausgefüllt wurden, obwohl sie keiner hoheitlichen Durchsetzung bedurften und damit ohnehin besser beim Einzelnen und in der Gesellschaft aufgehoben sind. Das heißt auch, dass sich der Staat nicht weiter als Unternehmer versucht und seine Beteiligungen, sei es an Versorgungsunternehmen oder an Wohnungsbaugesellschaften, sei es an Banken, Transportunternehmen oder Automobilkonzernen, veräußert.

Deregulierung

Darüber hinaus muss mit der viel beschworenen Deregulierung wirklich ernst gemacht werden. Allein auf Bundesebene wird der Bürger mit 2197 Gesetzen und 3131 Rechtsverordnungen konfrontiert und damit mit einem selbst für Juristen mittlerweile undurchdringlichen Paragrafenschwergel, der nicht nur Freiheit und Eigeninitiative abwürgt, sondern Rechtsunsicherheit schafft und das Vertrauen in den Rechtsstaat zu gefährden droht. Dies betrifft nicht zuletzt die Steuergesetzgebung. Um einer umfassenden

Steuerreform und damit einem Neuanfang den Weg zu ebnen, sollte daher auch eine Abschaffung sämtlicher Steuergesetze zu Gunsten eines klaren, einheitlichen Steuersystems nicht zum Tabu erklärt werden.

Dieser Weg – weg von der Staatswirtschaft und hin zu einer freiheitlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung – lässt sich nur im Streit und in der Auseinandersetzung mit denen lösen, die sich im Wohlfahrts- und Subventionsstaat gemächlich eingerichtet haben: allen voran den Gewerkschaften. Diese Auseinandersetzung darf die CDU nicht scheuen, denn es gibt keinen bequemen Weg zurück an die Macht; es geht heute um alles, wofür die CDU stets eingetreten ist: um mehr Freiheit für den Einzelnen, um dauerhafte soziale Sicherheit, um mehr (Leistungs-)Gerechtigkeit und mehr gelebte Solidarität.

Die detaillierten Konzepte von Experten und Wissenschaftlern (wie insbesondere auch dem als ständiges Beratungsorgan gesetzlich vorgesehenen Sachverständigenrat) für die Bewältigung der gegenwärtigen Misere liegen auf dem Tisch. Es bedarf keiner neuen Bündnisse für Arbeit, runden Tische oder Kommissionen, sondern allein der Entscheidung für ein radikales Umdenken, des Mutes zu tief greifenden Strukturreformen und der Übernahme der politischen Verantwortung für den eingeschlagenen Weg. Die Zeit drängt.

Ökonomische Interessen

„Was die ‚Achse‘ Paris–Berlin–Moskau angeht, so werden zwar den Amerikanern niedrige, materielle, gewinnsüchtige Motive unterstellt, die eigenen bleiben jedoch ausgeblendet. Russland und Frankreich haben enorme ökonomische Interessen im Irak, nicht zuletzt im Öl- und im Waffengeschäft, und die Bundesrepublik hat sich mit Rüstungsexporten in den Irak jahrzehntelang hervorgetan.“

Hans Magnus Enzensberger am 15. April 2003 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.